

Jugendrat Kreis Mettmann - Düsseldorfer Str. 26 - 40822 Mettmann

An den Vorsitzenden des Kreistages
Landrat Thomas Hendele
Düsseldorfer Straße 26
40822 Mettmann

Mettmann, den 21.06.2023

Inklusion statt Förderschulen

Anregung gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates i.V.m. § 21 KrO NRW i.V.m. §16 Abs. 4 der Hauptsatzung des Kreises Mettmann an den Kreisausschuss am 18.09.2023.

Sehr geehrter Herr Landrat,

in seiner Sitzung am 21.06.2023 hat der Kreisjugendrat beschlossen, eine Anregung zum Thema Inklusion in Schulen zu stellen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreis Mettmann setzt sich in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten dafür ein, das Angebot inklusiver Schulplätze an Regelschulen zu erhöhen, bis jedes Kind im Kreis Mettmann die Möglichkeit hat, einen inklusiven Schulplatz in Wohnortnähe wahrzunehmen.
2. Der Kreis Mettmann setzt es sich zum Ziel, diese inklusiven Schulen auch qualitativ zu stärken.
3. Der Kreis Mettmann setzt sich dafür ein, die Förderschulen im Kreis schrittweise abzubauen.

Begründung:

Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet Deutschland, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu verwirklichen und sowohl Diskriminierungen als auch Aussonderungen zu verhindern. Das dies seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2007 nicht geschehen ist, kritisiert unter anderem das Deutsche Institut für Menschenrechte in seinem jährlichen Bericht an den Deutschen Bundestag im Jahre 2021/2022:

“Es ist menschenrechtlich zwingend erforderlich, die inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen an allgemeinbildenden Schulen zum Regelfall zu machen; Förderschulen müssen schrittweise abgebaut werden.”

Der Abbau von Förderschulen ist eine Forderung des Deutschen Instituts für Menschenrechte und ist laut UN-Behindertenrechtskonvention zwingend erforderlich.

Hier sollte der Kreis Mettmann mit gutem Beispiel vorangehen und eigene Initiative ergreifen, um Inklusion zu ermöglichen und Aussonderung zu verhindern.

Deutschlands weltweit einzigartiges Konzept von Förderschulen ist nicht nur menschenrechtlich nicht vertretbar, sondern zeigt auch in der Bildung der Schülerinnen und Schüler klare Diskrepanzen gegenüber inklusiven Schulen. Eine von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebene Studie zeigte, dass rund 77% der SuS an Förderschulen keinen Hauptschulabschluss erreichen, Kinder mit besonderem Förderbedarf, die an inklusiven Schulen unterrichtet werden, schneiden dabei wesentlich besser ab.

Auffällig ist auch der sogenannte und in vielen Studien aufgezeigte "cooling-out" Effekt, der zeigt, dass die schulischen Leistungen und Berufschancen von Kindern immer weiter abnehmen, desto länger sie eine Förderschule besuchen.

Außerdem ist ebenfalls der hohe Anteil an Kindern aus einkommensschwachen Familien oder mit Migrationshintergrund auffällig. Viele Studien der vergangenen Jahre zeigen dabei deutlich, dass Förderschulen überproportional häufig von Kindern aus Familien mit weniger Geld oder Migrationshintergrund besucht werden. Hier liegt eine klare Tendenz zur Ausgrenzung aufgrund von Vermögen und Herkunft vor.

Förderschulen wirken häufig stigmatisierend und hindern Menschen an ihrer gesellschaftlichen Teilhabe.

Auch wenn eine erfolgreiche Initiative von Landesseite momentan ausbleibt, ist der Kreis Mettmann in der Pflicht, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Daher muss der Kreis Mettmann hier voranschreiten und alle seine Möglichkeiten nutzen, um Inklusion zu ermöglichen und die strukturelle Ausgrenzung zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Mateo Sachs

Sprecher des Jugendrat Kreis Mettmann

Jugendrat Kreis Mettmann

